

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. Juni 1985

am Donnerstag, dem 20. Juni 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bahr (SPD)	7, 8	Meininghaus (SPD)	49, 50
Frau Blunck (SPD)	43, 44	Michels (CDU/CSU)	33, 34
Braun (CDU/CSU)	29, 30	Oostergetelo (SPD)	40, 41
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	39, 79	Pfuhl (SPD)	46
Catenhusen (SPD)	37, 63	Rapp (Göppingen) (SPD)	72, 73
Daweke (CDU/CSU)	80, 81	Reimann (SPD)	53, 54
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	5, 6	Reschke (SPD)	85, 86
Fiebig (SPD)	64	Sauter (Ichenhausen) (CDU/CSU)	69, 70
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	55, 56	Dr. Scheer (SPD)	11, 12
Grünbeck (FDP)	3	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	4, 62
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	38, 71	von Schmude (CDU/CSU)	59, 78
Haungs (CDU/CSU)	67, 68	Schreiner (SPD)	1, 82
Hettling (SPD)	74, 75	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	77
Dr. Hirsch (FDP)	22	Sieler (SPD)	60, 61
Horn (SPD)	13, 14	Dr. Soell (SPD)	15, 16
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	21	Dr. Sperling (SPD)	83, 84
Dr. Jobst (CDU/CSU)	76	Frau Steinhauer (SPD)	47, 48
Jungmann (SPD)	17, 18	Stiegler (SPD)	31, 42
Kirschner (SPD)	27, 28	Ströbele (DIE GRÜNEN)	25, 26
Dr. Klejdzinski (SPD)	65, 66	Urbaniak (SPD)	51, 52
Frau Dr. Lepsius (SPD)	2	Verheugen (SPD)	9, 10
Lowack (CDU/CSU)	45	Voigt (Frankfurt) (SPD)	19, 20
Lutz (SPD)	57, 58	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	32
Frau Männle (CDU/CSU)	23, 24	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	35, 36

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	15

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
Wann gedenkt die Bundesregierung den Standort für das computergestützte Auskunftssystem für juristische Informationen in der Bundesrepublik Deutschland (Juris) endgültig festzulegen, und ist es realistisch, daß Saarbrücken Standort des Systems wird?
2. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
Mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen auf die Haushalte der Kommunen rechnet die Bundesregierung bei der geplanten Änderung unterhaltsrechtlicher Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches durch den Verlust von Unterhaltsansprüchen, die zu einer Verlagerung von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz führen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

3. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
Sind der Bundesregierung Bürgerbeschwerden bekannt, wonach Briefkästen der Deutschen Bundespost durch zu große Zeitabstände bei der Leerung derartig überfüllt sind, daß das Entnehmen von Briefen möglich und damit das Postgeheimnis nicht mehr gewährleistet ist, und welche Gegenmaßnahmen erwägt sie?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
Wie beurteilt die Bundesregierung das Interesse des Staatsratsvorsitzenden der DDR an einer Beteiligung seines Staates an einer europäischen Technologiegemeinschaft, und welche Anstrengungen unternimmt sie, sich für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit in diesem Bereich einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um gemäß der Resolution des Europäischen Parlamentes (Doc. B 2-119/85) die sofortige Freilassung von Nelson Mandela und all der anderen politischen Gefangenen des rassistischen Südafrikaregimes zu erreichen?

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN) | Gedenkt die Bundesregierung, ähnliche gesetzgeberische Schritte zu unternehmen wie die schwedische Regierung, die neue Investitionen in Südafrika und Namibia von schwedischen Firmen und deren Tochtergesellschaften sowie Kredite an den südafrikanischen Staat bzw. staatliche Einrichtungen, Leasingvereinbarungen und Technologietransfers verbietet? |
| 7. Abgeordneter
Bahr
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Kernwaffenstaaten angesichts ihrer in Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags festgelegten Verpflichtung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung von Kernwaffen? |
| 8. Abgeordneter
Bahr
(SPD) | Welche Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung bereits heute im Besitz von Kernwaffen, und welche Staaten verfügen über die notwendige Technologie, um Kernwaffen in relativ kurzer Zeit herstellen zu können? |
| 9. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen entsprechend den Zielen des Nichtverbreitungsvertrags seit der letzten Überprüfungskonferenz? |
| 10. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) | Welche konkreten Vorschläge zur Verbesserung des Systems der Nichtverbreitung von Kernwaffen wird die Bundesregierung auf der im Herbst beginnenden 3. Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorlegen? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich entgegen der Zielsetzung des Nichtverbreitungsvertrags inzwischen weltweit ein zweiter Kernenergiemarkt entwickelt hat, der das Vertragswerk mehr und mehr auszuhöhlen droht? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein wesentliches Ziel des Nichtverbreitungsvertrags, nämlich die atomare Abrüstung, nicht erreicht worden ist, sondern daß sich die Zahl der Atomwaffen tatsächlich seit Abschluß des Vertrages dramatisch erhöht hat? |
| 13. Abgeordneter
Horn
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, sich auf der 3. Genfer Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag für eine umfassende internationale Aufsicht über waffenfähige Kernbrennstoffe einzusetzen und insbesondere ein international verwaltetes Zwischenlager für aktuell nicht benötigtes Plutonium zu fordern? |

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Horn
(SPD) | In welcher Weise berücksichtigt die Bundesregierung bei der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie mit anderen Staaten die Frage, ob die Partnerstaaten dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind oder nicht? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Nichterfüllung des Artikels VI des Nichtverbreitungsvertrags solche Staaten, die zwar über die notwendige Technologie, nicht aber über Kernwaffen verfügen, dazu veranlassen könnte, den Atomwaffensperrvertrag zu verlassen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) | Hat die Bundesregierung Anstrengungen unternommen – und wenn ja, mit welchem Erfolg –, um solche Staaten, die entweder über Kernwaffen oder über eine kernwaffenfähige Technologie verfügen und dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, zum Beitritt zu bewegen? |
| 17. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Hält die Bundesregierung es für möglich und sinnvoll, noch vor der 3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Position der Nicht-Kernwaffenstaaten zu erarbeiten? |
| 18. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Hat die Bundesregierung in dieser Richtung Bemühungen unternommen? |
| 19. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß ein umfassendes Teststop-Abkommen ein entscheidender Fortschritt bei den Bemühungen um Nichtverbreitung und Reduzierung von Kernwaffen sein würde? |
| 20. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um ein umfassendes Teststop-Abkommen zu erreichen? |
| 21. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Hat der Bundesminister des Auswärtigen seine öffentliche Äußerung „Aber was der Bundespräsident getan hat, ist, daß er in seiner Verantwortung als Staatsoberhaupt eine Standortbestimmung vorgenommen hat und daß er von dieser Standortbestimmung heraus die Politik, die zu führen ja Sache der Bundesregierung ist, begründet hat, wenn sie so wollen, legitimiert hat aus geschichtlicher Verantwortung unseres Landes, auch aus der Wahrnehmung der nationalen Interessen unseres Landes, in einem guten Sinne“ zuvor inhaltlich mit dem Bundeskanzler abgestimmt, und entspricht sie der Auffassung des Bundeskanzlers? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Trifft die Darstellung im 6. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen (S. 53 ff.) zu, daß das Bundeskriminalamt im Herbst 1983 von einer nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörde Daten über Personen, die an Demonstrationen friedlich teilgenommen haben, erhalten und in der Datei „Lage 1“ gespeichert hat, und welche Konsequenzen in bezug auf Löschung, weitere Nutzung und Verarbeitung dieser Daten auf Bundesebene zieht die Bundesregierung aus der vom nordrhein-westfälischen Datenschutzbeauftragten in seinem Bericht dargelegten Unzulässigkeit der Weitergabe der personenbezogenen Daten der Betroffenen an das Bundeskriminalamt?
23. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung – auch im Hinblick auf die neuen Technologien – werden Schreibkräften und Sekretärinnen im öffentlichen Dienst des Bundes angeboten, und in welchem Umfang nehmen Frauen an diesen Maßnahmen teil?
24. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil bei Schreibkräften und Sekretärinnen im öffentlichen Dienst des Bundes seit 1975, die in Sachbearbeiterfunktionen aufgestiegen sind?
25. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um die am 7. Juni 1985 aus Berlin (West) nach Beirut abgeschobenen vier Menschen – darunter der 17jährige Jahad Atris und die erst 15jährige Kaidar Renad – zu schützen, und was ist der Bundesregierung über das Schicksal der abgeschobenen Menschen bekannt, insbesondere, ob sie noch leben?
26. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Abschiebung der genannten Palästinenser nach Beirut in einer Situation, in der Palästinenser von Amal-Milizen gejagt, beschossen und ermordet werden und in der gerade auch am und in der Nähe des Flughafens Beirut heftige Kämpfe tobten und von standrechtlichen Erschießungen von Palästinensern durch Amal-Milizen auf dem Flughafen Beirut berichtet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei den Finanzämtern für die Lohnsteuerjahresausgleichsanträge einschließlich der Rückerstattung der zuviel bezahlten Lohnsteuer auf das Girokonto des Steuerpflichtigen?

28. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Personal zusätzlich eingestellt werden müßte, damit von der Einreichung des Lohnsteuerjahresausgleichs bis zur Auszahlung im Schnitt nicht mehr als vier Wochen verstreichen?
29. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Wasseranschlußbeiträge auf Grund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht umsatzsteuerpflichtig sind, die Finanzverwaltung jedoch weiterhin an der Auffassung festhält, die Wasseranschlußbeiträge als Entgelte für steuerpflichtige Leistungen anzusehen?
30. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die entstandene Rechtsunsicherheit zu beenden?
31. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Steht die Bundesregierung nach wie vor zu der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages, im Rahmen der Politik für die freien Berufe die Vorsorgepauschale für Selbständige der Regelung bei Arbeitnehmern anzupassen, und bis wann wird sie dem Parlament entsprechende Gesetzesvorschläge unterbreiten?
32. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Hält es die Bundesregierung im Rahmen einer Politik des Rückzugs des Staates aus seinen Beteiligungen für vertretbar, wenn ein auf der Privatisierungsliste des Bundesministers der Finanzen stehendes Unternehmen in weitgehendem Bundesbesitz (VIAG) ohne ersichtlichen Grund von einer deutschen Großbank ein Aktienpaket einer anderen Gesellschaft (Didier) erwirbt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, in welchem Ausmaß sich der Konzentrationsprozeß im Lebensmittelhandel in den Jahren 1983 und 1984 fortgesetzt hat?
34. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung der Rückgang der Einzelhandelsgeschäfte, insbesondere für die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raumes, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um weitere Konzentrationsprozesse im Lebensmittelhandel zu stoppen und eine flächendeckende Lebensmittelversorgung zu gewährleisten?

35. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung – vor allem der Bundesminister für Wirtschaft – uneingeschränkt und ohne jeden Vorbehalt alle Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Voss, im „Bonner Energie-Report“ vom 3. Juni 1985 – wiedergegeben in den „BMF-Nachrichten“ Nr. 18/85 vom 7. Juni 1985 – zu dem Thema „Können wir die Kohle weiter wie bisher bezahlen“, und wenn nein, in welchen Aussagen decken sich die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss nicht mit den Auffassungen der Bundesregierung?
36. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss „Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, auf die unser finanzpolitisches Handeln in der Kohlepolitik ausgerichtet ist, tragen hingegen Exporte deutscher Steinkohle nicht bei. Öffentliche Hilfen für eine dauernde Subventionierung von Kohleexporten sind dem Steuerzahler nicht länger zuzumuten“ die Auffassung des Bundeskanzlers und der gesamten Bundesregierung, und sind die für 1986 vom Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft vereinbarten Kürzungen der „Kohlehilfen“ bereits der erste Schritt in diese Richtung und mit der Konsequenz, daß damit die Stilllegung von drei bis fünf weiteren Großschachtanlagen durch die Bundesregierung vorprogrammiert wird?
37. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben oder vorbereitet, in denen zum einen untersucht wird, in welchen Feldern der Wirtschaft Roboter eingesetzt werden können, zum anderen, welche sozialen Auswirkungen sich durch einen verstärkten Roboteinsatz ergeben können?
38. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Waffenexporte nach Saudi-Arabien über Kooperations-Abkommen mit Frankreich bzw. Großbritannien zuzulassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

39. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Fangfabrikschiffe der Hochseefischerei derzeit in der Nordsee Seelachs fischen, und wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß durch solches Vorgehen die küstennahen Bereiche sehr schnell so von Seelachs ausgefischt sind und daß der auf diesen Fisch und auf die Fanggründe im küstennahen Bereich angewiesenen Kutter- und Küstenfischerei die Existenzgrundlage entzogen wird?

40. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Wie vereinbart sich der von Bundeskanzler Dr. Kohl während der Aktuellen Stunde zur Europapolitik am 22. Mai 1985 geäußerte Vorwurf, die SPD habe in der Vergangenheit nichts oder zu wenig dafür getan, daß der sogenannte „Positive Grenzausgleich“ abgebaut werde, mit der derzeitig verbreiteten Erfolgsmeldung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, daß es ihm gelungen sei, den für dieses Jahr vorprogrammierten weiteren Abbau des deutschen Grenzausgleichs zu verhindern?
41. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Ist die Bundesregierung tatsächlich der Meinung, daß die Einkommensentwicklung für die deutschen Bauern im EG-internen Vergleich in der Vergangenheit günstiger verlaufen wäre, wenn die jetzige Regelung, bei der ausschließlich negativer Grenzausgleich entstehen kann, gegolten hätte, insbesondere unter Würdigung des Gesichtspunktes, daß alle Mitgliedstaaten der EG – bis auf die Bundesrepublik Deutschland – durch den Abbau negativer Währungsausgleichsbeträge zusätzliche Einkommensverbesserungen für ihre Landwirtschaft realisieren können?
42. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu (vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1985, S. 3), wonach Bundesminister Kiechle bei den EG-Agrarpreisverhandlungen die Weisung zur Einlegung eines Vetos vom bayerischen Ministerpräsidenten nach einem Anruf morgens um 5.00 Uhr erhalten haben soll, und wie ist dieser Entscheidungs- und Weisungsprozeß mit dem EG-Recht und dem nationalen Verfassungsrecht zu vereinbaren?
43. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- In welchen Zeitungen ist die ganzseitige Anzeige von Bundesminister Kiechle erschienen, in der sich der Minister an die Bäuerinnen und Bauern wendet und die Agrarpreisbeschlüsse des EG-Ministerrats vom 16. Mai 1985 erläutert, und welche Kosten wurden für die Anzeigenserie aufgewendet?
44. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Welche Annahmen liegen den Angaben von Bundesminister Kiechle zugrunde, wonach die deutsche Landwirtschaft auf Grund der EG-Beschlüsse Einkommensverbesserungen von 2 bis 3 v. H. im Durchschnitt und von 4 bis 5 v. H. bei den Milchbauern erwarten kann, und kann die Bundesregierung dabei insbesondere die erwartete Entwicklung der Marktpreise erläutern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

45. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Bereich des Arbeitskampfrechts eigene Initiativen zu entwickeln, und damit zu verhindern, daß dem Bundesarbeitsgericht die Rolle eines „Ersatzgesetzgebers“ zukommt?
46. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Erscheint der Bundesregierung das Verbot der Molkereiarbeit an Sonn- und Feiertagen ab 12.00 Uhr gemäß Gewerbeordnung im Hinblick auf den rationalisierten Arbeitsrhythmus und der Gefahr der Verderblichkeit der Milch bei Milch-trocknungsanlagen u. ä. Verarbeitungsprinzipien noch gerechtfertigt?
47. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Auf welche Weise ist nach Auffassung der Bundesregierung bei den von ihr geförderten Modellversuchen zur Abrechnungstransparenz der Kassenärzte der notwendige Datenschutz gewährleistet worden?
48. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, gemeinsam mit der AOK Dortmund die Frage zu prüfen, ob im Rahmen des Modellversuches „Effizienz und Wirtschaftlichkeit erbrachter und veranlaßter kassenärztlicher Leistungen“ unter Ausnutzung von § 223 Absatz 2 RVO, den Versicherten Aufschluß über die in Anspruch genommenen Leistungen gegeben werden soll?
49. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, Transparenz hinsichtlich des Abrechnungs- und Ordnungsgebahrens der Kassenärzte herbeizuführen, und welche Rolle mißt die Bundesregierung bei der Herstellung dieser Transparenz der Mitwirkung der Versicherten bei?
50. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in § 223 RVO enthaltene Gesetzesnorm zur Durchführung der bei der AOK Dortmund laufenden und von ihr geförderten Modellversuche ausreichend ist, oder ist die Bundesregierung der Auffassung, daß neue gesetzliche Bestimmungen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer inhaltlichen und regionalen Ausweitung der Modellvorhaben – erforderlich sein werden?
51. Abgeordneter
Urbanik
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Aussagen der AOK Dortmund bestätigen, nach denen seit Beginn des Modellversuches „Effizienz und Wirtschaftlichkeit erbrachter und veranlaßter kassenärztlicher Leistungen“ am 1. Januar 1981 die Ausgaben dieser Krankenkasse zum Teil fühlbar gesenkt werden konnten, und wenn ja, welche Gründe sind nach Ansicht der Bundesregierung hierfür maßgebend?

52. Abgeordneter
Urbanik
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Modellversuch „Effizienz und Wirtschaftlichkeit erbrachter und veranlaßter kassenärztlicher Leistungen“ für sinnvoll, im Bereich der AOK Dortmund ein ähnliches Modellvorhaben für die kassenzahnärztlichen Leistungen unter Einschluß der zahntechnischen Leistungen anzuregen und zu fördern?
53. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wieviel Personal fehlt speziell in der Arbeitsvermittlung und insgesamt im Arbeitsamt Ludwigs-
hafen am Rhein, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus insbesondere bezogen auf die Arbeitsbelastung des Personals?
54. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß ca. 7 000 Stellen in der gesamten Arbeitsverwaltung unbesetzt bleiben sollen, weil der Einsatz von EDV vorgesehen sein soll, und wie beurteilt die Bundesregierung die betreffenden Auswirkungen in bezug auf die Notwendigkeit der Beratung von Arbeitslosen?
55. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Köln)**
(SPD)
- Wie ist die Äußerung des Bundeskanzlers auf der Mitgliederversammlung des Markenverbandes in Bonn am 11. Juni 1985 zu verstehen, daß „die Fragen der Arbeitsmarktzahlen diskutiert werden müßten“, und worauf stützt der Bundeskanzler seine Zweifel an der Gültigkeit der Arbeitsmarktzahlen?
56. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Köln)**
(SPD)
- Ist das vom Bundeskanzler genannte Beispiel eines großen Konzerns aus einer Ruhrgebietsstadt mit hoher Arbeitslosigkeit, der 50 Polen einstellen mußte, weil er keine deutschen Fachkräfte fand, nach Auffassung der Bundesregierung ein aussagekräftiger Beleg für die angebliche Unzulänglichkeit der Arbeitslosenstatistik, und wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Unzulänglichkeit der Arbeitsmarktstatistik die Tatsache, daß nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen in der sogenannten „stillen Reserve“ inzwischen auf schätzungsweise 1,3 Millionen angestiegen ist?
57. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wann werden nach Berechnungen der Bundesregierung die trotz gestiegener und weiter steigender Arbeitslosigkeit angesammelten Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit (1984 über 3 Milliarden DM) abgeschmolzen, oder ist für 1985 mit einem weiteren Überschuß zu rechnen, weil die Ausgaben sich nicht so vollziehen, wie geschätzt wurde?
58. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die operativen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zu stärken, und werden Maßnahmen vorbereitet, um die Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung zu stoppen?

59. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Hearing des innerdeutschen Ausschusses vom 12. Juni 1985 vorgebrachten Beanstandungen von Verbandsvertretern, daß in der Hansestadt Hamburg DDR-Übersiedler bei der Bearbeitung von Arbeitslosengeldanträgen im Durchschnitt doppelt solange warten müssen, wie im übrigen Bundesgebiet, sogenannte Sofortkredite als Eingliederungshilfe erst nach drei bis vier Monaten entschieden und den DDR-Übersiedlern überwiegend Wohnungen in unzumutbarem Zustand zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordneter
Sieler
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Rundfunkgebühren für private Rundfunkgeräte von wehrpflichtigen Soldaten in den Kasernen während ihres Grundwehrdienstes zu übernehmen, und wie hoch wird der finanzielle Aufwand hierfür eingeschätzt?

61. Abgeordneter
Sieler
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, generell Wehrpflichtige und Zivildienstleistende für die Dauer der Wehrdienstzeit bzw. Zivildienstzeit von Rundfunkgebühren zu befreien?

62. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)

Worauf ist es zurückzuführen, daß der totale Kriegsdienstverweigerer Klaus Stefan Philipp dreieinhalb Monate nach seiner Einberufung zum Grundwehrdienst kurz vor seiner Gerichtsverhandlung wegen Fahnenflucht in einem unverhältnismäßig harten Feldjägereinsatz vorläufig festgenommen worden ist, und warum wird dieser junge Mann, der unzweideutig eine Gewissensentscheidung gegen jegliche Art der Wehrpflicht getroffen hat, nicht auf der Basis von § 29 Wehrpflichtgesetz aus der Bundeswehr entlassen?

63. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Auf welchen Übungsplätzen im Bundesgebiet haben die in Münster-Handorf stationierten Panzer- bzw. Panzergrenadierbataillone 193 und 194 in den letzten vier Jahren die in der MIF (Militärische Infrastrukturforderung) von 1982 für die Erweiterungsfläche des Standortübungsplatzes Münster-Handorf vorgesehenen Fahr-, Ziel- und Schießübungen durchgeführt, und welche Gründe stehen einer weiteren Nutzung der bislang genutzten Übungsplätze entgegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

64. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der Zielsetzung des Entschließungsantrages des Landes Nordrhein-Westfalen zur ärztlichen Vorprüfung im März-Termin 1985 (BR-Drucksache 203/85), um deutlich zu machen, auf welche Weise das Ergebnis dieser Vorprüfung, das durch eine außerordentlich hohe Mißerfolgsquote gekennzeichnet ist, korrigiert werden soll?
65. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die zum Jahresanfang 1983 eingeführte Einkommensgrenze für Kindergeldbezieher mit mehr als einem Kind Benachteiligungen entstehen können, wenn z. B. durch Anwendung der § 7 b-Abschreibung die maßgebende Einkommensgrenze überschritten wird, damit Kindergeld nicht mehr ungekürzt ausgezahlt wird und dies zur Folge haben kann, daß der Steuerzahler nicht entlastet wird, sondern finanzielle Einbußen hinnehmen muß, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diese Ungerechtigkeit so schnell wie möglich zu beseitigen?
66. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Benachteiligung auch dann eintreten kann, wenn Hausbesitzer z. B. Energiesparmaßnahmen durchführen und dafür Zuschüsse erhalten, und um welche Regelung bemüht sich die Bundesregierung, um rückwirkend die finanziellen Einbußen der Familien auszugleichen?
67. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Modellvorschlag des Deutschen Roten Kreuzes zur Berufsausbildung der Rettungssanitäter?
68. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung endlich das Berufsbild des Rettungssanitäters verabschieden?
69. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Regierungsbericht an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit dem Titel „Jugendreligionen in der Bundesrepublik Deutschland“ vom Februar 1980 im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen nationaler und internationaler Art, insbesondere bezogen auf Maßnahmemöglichkeiten der Behörden, fortzuschreiben?
70. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise setzt sich die Bundesregierung für die Schaffung einer internationalen Datenbank zur Bekämpfung des Sektenunwesens ein?

71. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Wie hat sich der deutsch-israelische Jugendaustausch in den letzten drei Jahren finanziell und zahlenmäßig entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

72. Abgeordneter
**Rapp
(Göppingen)**
(SPD)
- Wie nimmt die Bundesregierung Stellung zu Presseberichten, wonach die Dringlichkeit des Neubaus der B 10 im Filstal – Streckenabschnitte Reichenbach—Ebersbach—Uhingen – herabgestuft werden soll, und zu welchen Ergebnissen – Dringlichkeitsskala – haben die der Einstufung zugrunde gelegten Berechnungen für die Gesamtstrecke (Reichenbach bis Geislingen) geführt?
73. Abgeordneter
**Rapp
(Göppingen)**
(SPD)
- Bemüht sich die Bundesregierung unter räumlichen wie zeitlichen Aspekten um ein Gesamtkonzept für die großen Verkehrsneubauten im Landkreis Göppingen zur Schnellverkehrsstrasse der Deutschen Bundesbahn, Neutrassierung der A 8 am Alaufstieg bis zur Albhochfläche bei Hohenstadt und der B 10 neu, und welche Kriterien legt sie gegebenenfalls einer solchen Gesamtplanung zugrunde?
74. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung der Fortfall des Ausgucks in der Nacht auf Seeschiffen, und liegt hier nicht ein Verstoß gegen das internationale Recht vor, nachdem ein Seemann als Ausguck auf allen Seeschiffen zusätzlich zum Schiffsoffizier in der Nacht Wache gehen muß?
75. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es bisher kein technisches Gerät gibt, das den Menschen als Ausguck ersetzen kann und folglich die Ausschau nach in Seenot geratenen Schiffen oder Luftfahrzeugen, nach Notsignalen, Schiffbrüchigen, Rettungssinseln sowie nach Wracks und Wrackteilen beim Wegfall des Ausgucks nicht mehr gewährleistet ist und ein weiteres Sicherheitsrisiko entsteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
76. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die empfindliche Wettbewerbsverzerrung auszugleichen, der bayerische Spanplattenhersteller dadurch ausgesetzt sind, daß sie für ihre Beförderungen nach Westdeutschland im nationalen Lastwagenverkehr an die hohen Sätze des Reichskraftwagentarifs (RKT) gebunden sind, während im Wettbewerb stehende österreichische Hersteller für Beförderungen zu den westdeutschen Kunden nur theoretisch an den

RKT gebunden sind, in der Praxis aber den Beförderungspreis frei aushandeln können und so nur wesentlich niedrigere Beförderungspreise zu entrichten brauchen?

77. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist die geschätzte durchschnittliche Geschwindigkeit von Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 Tonnen außerhalb geschlossener Ortschaften?

78. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Kostenaufwand ist für die Broschüre „Die neue Bahn“, in der die Deutsche Bundesbahn eine Selbstdarstellung vornimmt?

79. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mit Einführung von IC 85 zwischen Hamburg und Hannover jährlich ca. 1,4 Millionen IC-Zugkilometer gefahren werden?

80. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, die sich auf Äußerungen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen beziehen, wonach die Deutsche Bundesbahn voraussichtlich aus dem Modellprogramm öffentlicher Personennahverkehr in Lippe aussteigen will?

81. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)

Falls ja, widersprechen diese Planungen nicht der Ankündigung des Bundesministers für Verkehr, daß die Deutsche Bundesbahn und damit auch der öffentliche Personennahverkehr wieder attraktiver werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

82. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Wie sind die zeitlichen Vorstellungen der Bundesregierung zur baubiologischen Begutachtung des Neuen Hochhauses, und welchen genauen Auftrag hat das Bundesgesundheitsamt für die Erstellung dieses Gutachtens?

83. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Schlußfolgerung einer Untersuchung des DIW (DIW-Wochenbericht 21/85) zu, daß die Regelungen der Überschußrechnung zur Unterstützung des Mietwohnungsbaus privater Bauherren vorwiegend der Vermögensbildung einkommensstarker Schichten dienen?

84. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Sieht die Bundesregierung weiteren Handlungsbedarf im Hinblick auf vornehmlich zur Steuervermeidung erfolgenden Erwerb und Veräußerung von Wohnungen aus dem Wohnungsbestand?

85. Abgeordneter
Reschke
(SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts, daß die Fehlbelegungsabgabe verfassungswidrig sei, im Hinblick auf das laufende Gesetzesverfahren bezogen auf Drucksache 10/3203?

86. Abgeordneter
Reschke
(SPD)

Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung der Investitionshilfeabgabe die Verfassungsmäßigkeit der Fehlbelegungsabgabe für gegeben?

Bonn, den 14. Juni 1985